



„Zwischen Hoffen und Bangen – Ein Ausblick auf das Wirtschaftsjahr 2022“

Jahresauftaktveranstaltung Managerkreis Rhein-Main mit Prof. Dr. Achim Truger

Zu Beginn der Veranstaltung erinnerte Silke Hillesheim, Vorsitzende des Managerkreises Rhein-Main, an die Auftaktveranstaltung 2021 mit Olaf Scholz und Nancy Faeser und fasste zusammen, wie sich die politische und wirtschaftliche Situation in Deutschland seitdem entwickelt hat. Sie sprach die aktuelle Lage in der Ukraine an und zitierte dabei Bundespräsident Steinmeier mit den Worten „Präsident Putin, lösen Sie die Schlinge um den Hals der Ukraine“. Zu diesem Zeitpunkt war noch nicht damit zu rechnen, dass Putin am Tag nach der Veranstaltung am 22. Februar 2022 die Schlinge gänzlich zuziehen und seine Armee nicht nur in die ostukrainischen Gebiete Donezk und Luhansk, sondern gleich in die gesamte Ukraine einmarschieren lassen würde. Der von Hillesheim erwähnte Umstand, dass die Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die internationalen Finanz- und Wirtschaftsmärkte aufgrund der volatilen Entwicklung derzeit nicht abzusehen seien, gewann dadurch jedoch nur noch an Bedeutung.

Prof. Dr. Achim Truger, Professor für Sozioökonomie und Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, präsentierte seine Einschätzungen zur wirtschaftlichen Entwicklung und der nahen Zukunft, basierend auf dem letzten Jahresgutachten des Sachverständigenrates. Die Weltkonjunktur befindet sich laut Truger zwar weiter im Aufschwung, allerdings werde die Erholung der Wirtschaft zurzeit insbesondere durch angebotsseitige Engpässe infolge anhaltender Lieferkettenprobleme sowie der momentan noch bestehenden Einschränkungen aufgrund der vierten Corona-Welle gestört. Dadurch verschiebe sich die Industrieproduktion zwar teilweise in das nächste Jahr, grundsätzlich sei mit einem Anziehen der Konjunktur jedoch wegen gut gefüllter Auftragsbücher weiterhin zu rechnen. Diese Verschiebung zeige sich auch bei den Prognosen für die Entwicklung des BIP, die für dieses Jahr doch noch etwas nach unten korrigiert werden müssten. Allerdings gelte auch hier, dass im Sommer prinzipiell mit einer Erholung – vor allem getragen vom Dienstleistungsbereich – zu rechnen sei.

Auch für die Entwicklung der Inflation müsse man die im Jahresgutachten prognostizierten Zahlen korrigieren, so Truger. Denn man sei dort noch von einem deutlich schnelleren und steileren Abfallen der Inflationsrate im neuen Jahr ausgegangen, das sich so nicht bewahrheitet habe. Durch die Erholung der Konjunktur bei gleichbleibenden Engpässen sei es zu einem unvorhersehbaren Anstieg der Rohstoff- und Energiepreise gekommen, der die schon erhöhte Inflationsrate weiter nach oben getrieben habe. Die Inflation sei also stärker als gedacht ausgefallen und der Anstieg dauere auch länger an.

Die derzeit in diesem Zusammenhang aufkommende Kritik an der EZB hält Truger aber für verfehlt, da die Inflation weiterhin hauptsächlich von den explodierenden Gaspreisen getrieben werde. Mit Lohn-Preis-Spiralen oder der Geldpolitik der EZB habe die hohe Inflationsrate bislang noch nichts zu tun. Die bisherige Steigerung der Löhne sei zudem absehbar moderat geblieben, erst bei einem deutlichen Anstieg müsste die EZB tatsächlich einschreiten. Ein Vergleich mit der Situation in den USA verbiete sich hier, da dort die deutlich stärkere Lohnentwicklung zusammen mit der Inflation ein stärkeres Eingreifen der Zentralbank erforderlich mache. Die derzeitige abwartende Strategie der EZB hält Truger insofern für vernünftig, außerdem habe die EZB grundsätzlich auch schon ihre Ausstiegsstrategie aus der expansiven Geldpolitik kommuniziert.



Dennoch dürfe man die Belastung für die Bevölkerung, insbesondere für Haushalte mit mittlerem oder niedrigem Einkommen, natürlich nicht kleinreden. Hier seien aus der Politik auch schon erste Hilfen wie beispielsweise der Heizkostenzuschuss gekommen, jedoch hätten aber gerade Geringverdiener noch weitere Unterstützung nötig.

Zum Schluss seines Vortrags ging Truger noch auf die Empfehlungen des Sachverständigenrates zur Normalisierung der Fiskal- und Geldpolitik nach der Corona-Krise ein. Hier sei die große Frage, inwiefern die Einhaltung der Schuldenbremse mit den notwendigen und geplanten Zukunftsinvestitionen vereinbar ist. Bei dieser Frage habe sich der Rat auch nicht einigen können, was durch die bestehende Unterbesetzung zu einer Pattsituation geführt habe. Truger selbst ist der Ansicht, dass auf EU-Ebene eine Anpassung der Schuldenregeln notwendig sei, da ärmere Länder sonst zu wenig Spielraum hätten und im schlimmsten Fall eine weitere Austeritätskrise drohen könnte. Auch in Deutschland sei die Situation bei der derzeitigen Koalition etwas verfahren, da weder Ausgabenkürzungen noch Steuererhöhungen erwünscht seien und man gleichzeitig jedoch die Schuldenbremse einhalten wolle. Allerdings gebe es beispielsweise durch Extrahaushalte oder Rücklagen dennoch einigen Spielraum zur Mobilisierung und Finanzierung von Investitionen, der von der Koalition auch genutzt werde.

Die sich an den Vortrag anschließende Diskussionsrunde wurde von Jochen Struwe, stellvertretender Vorsitzender des Managerkreises Rhein-Main moderiert. Dabei verteidigte Truger unter anderem nochmals die Umschichtung der Gelder im Nachtragshaushalt des Bundes, da die Corona-Krise nun die Unterstützung von Investitionen notwendig mache, die aber natürlich zukunftsfähig und nachhaltig und eben nicht willkürlich erfolgen müsse. Deswegen sei es aus ökonomischer Sicht durchaus sinnvoll, die Corona-Kredite nun für Klimaschutz und Digitalisierung auszugeben.

Die Folgen der Ukraine-Krise für die Wirtschaftsprognosen seien noch schwer abzusehen, da die hier besonders relevanten Energiepreise sehr volatil seien. Grundsätzlich werde die Inflationsrate auf jeden Fall um einiges höher und die BIP-Rate um einiges niedriger ausfallen, ein Risiko gehe vor allem von den Auswirkungen länger andauernder Kostenschocks auf die Löhne aus.

Weitere Themen der Fragerunde betrafen die durch die Pandemie ausgelöste Debatte um mehr Unabhängigkeit von Importen, die längerfristigen Folgen des Kohleausstiegs sowie die Sinnhaftigkeit der Kritik an der Erhöhung der Staatsquote. Auch der Fachkräftemangel, die Zinspolitik der Zentralbanken und die Zukunftsfähigkeit des Zwei-Prozent-Ziels bei der Inflationsrate wurden besprochen. Anschließend gab es noch Fragen zu gestiegenen Lebensmittelpreisen, der zunehmenden Ungleichheit in Deutschland und ihrer Bekämpfung sowie zum Mindestlohn. Zu guter Letzt ging es nochmal um die Geldpolitik der EU, die Immobilienblase und die im letzten Jahresgutachten vorgeschlagenen Maßnahmen.

Die Veranstaltung endete mit einem Plädoyer Trugers für ein demokratischeres Verständnis der Rolle des Sachverständigenrates. Der Rat liefere der Politik ein breites Feld an möglichen Handlungsoptionen, mache also ein Informationsangebot. Die Entscheidungsmacht und damit auch die Verantwortung liege aber bei den demokratisch gewählten Politiker:innen, die Wissenschaft könne keine Werturteile fällen. Wer andauernd die mangelnde Umsetzung der Vorschläge des Rates durch die Politik anmahne, laufe insofern argumentativ in die Irre.